

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Unüberbrückbare steuerpolitische Gegensätze innerhalb der Bonner Koalition sehen **Ingrid Matthäus-Maier MdB** und **Joachim Poß MdB**

Seite 1

Mit offenem Konflikt droht **Cornelia Sonntag-Wolkast MdB** dem Bundesinnenminister, wenn er halsstarrig die Abschiebung des 13jährigen Muzaffer Ucar in die Türkei nicht verhindert.

Seite 2

In ihrer Regierungszeit dem Umsichgreifen der Armut in Deutschland Vorschub geleistet zu haben, wirft der Bundesregierung **Rudolf Dreßler MdB** vor.

Seite 3

49. Jahrgang / 113

16. Juni 1994

### Steuerpolitischer Offenbarungseid Bundesregierung in selbst gestellter Falle gefangen

Von **Ingrid Matthäus-Maier MdB**  
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und

**Joachim Poß MdB**  
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Mehrfach - auch in ihrem Jahreswirtschaftsbericht - hat die Bundesregierung angekündigt, bis zur Sommerpause ein steuerpolitisches Konzept vorzulegen. Der Versuch der Bundesregierung, sich auf ein solches Konzept zu einigen, ist gestern gescheitert. Unüberbrückbare Gegensätze machten eine Einigung unmöglich. Dies ist der steuerpolitische Offenbarungseid dieser Bundesregierung.

1. Angesichts der desolaten Finanzlage der öffentlichen Haushalte sind Steuersenkungsversprechen ohne Finanzierungskonzept völlig unglaubwürdig. Da aber die Bundesregierung ihre Absicht, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, weiter verheimlichen will, kann sie auch keine Finanzierung für die den Unternehmen zugesagten Steuersenkungen aufzeigen. Denn die Gegenfinanzierung zu Unternehmenssteuersenkungen ist bei dieser Bundesregierung nun einmal die Mehrwertsteuererhöhung, wie die Äußerungen führender Koalitionspolitiker belegen und die Erfahrungen in der Vergangenheit zeigen, als gleichzeitig mit der Senkung der Vermögensbesteuerung die Mehrwertsteuer erhöht wurde.
2. Bei der Steuerfreistellung des Existenzminimums ist die Bundesregierung in einer selbstgestellten Falle. einerseits muß das Existenzminimum nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts spätestens ab 1. Januar 1996 steuerfrei gestellt werden, was nach Schätzung des Bundesfinanzministers mindestens 40 Milliarden DM erfordert. Andererseits hat sie in ihrer Finanzplanung die vom Bundesverfassungsgericht dafür geforderte Vorsorge nicht getroffen. Und außerdem hat sie sich auch noch auf die Senkung der Unternehmenssteuern als vordringlicher Maßnahme festgelegt. Daß die Bundesregierung sich ihrer Aufgabe entzieht, einen vom Bundesverfassungsgericht festgestellten verfassungswidrigen Zustand zu beenden, ist grob pflichtwidrig.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verzögert Umgang  
mit wertvollen Redaktions-  
Regime-Papier



3. Völlige Uneinigkeit herrscht bei der verfassungsrechtlich ebenfalls gebotenen Reform des Familienlastenausgleichs. Hier ist die CDU in sich heillos zerstritten. Die Bundesfamilienministerin will das bestehende ungerechte System der Kinderfreibeträge weiter ausbauen. Die CDU hat dagegen auf ihrem Parteitag ein Familiensplitting beschlossen, das die Ungerechtigkeit der Kinderfreibeträge vervielfachen und auf die Spitze treiben würde. Auf der anderen Seite haben sich Herr Hintze, Herr Geißler und Frau Süsmuth dem Kindergeldmodell der SPD angeschlossen. Die Zerrissenheit der CDU in der Familienpolitik macht sie politisch handlungsunfähig. Den Schaden haben die Familien mit Kindern, die von dieser Bundesregierung weiter im Stich gelassen werden.

(-/16. Juni 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

**Kanthers zynische "Familienzusammenführung"**  
**Der 13jährige Muzaffer Ucar darf nicht abgeschoben werden**

**Von Cornelia Sonntag-Wolgaast MdB**

Die SPD wird in ihren Bemühungen, dem 13jährigen Muzaffer Ucar den weiteren Aufenthalt bei seiner Halbschwester hier in der Bundesrepublik zu ermöglichen, nicht lockerlassen. Wir wissen uns darin einig mit allen Mitgliedern des Bundestagsinnenausschusses! Nach der Sitzung des Ausschusses am gestrigen Nachmittag kann jedoch keine Entwarnung gegeben werden. Auch wenn der Petitionsausschuß des nordrhein-westfälischen Landtages alles tut, um die Abschiebung des Kindes zu verhindern. Schuld daran ist das Bundesinnenministerium, das - halb halsstarrig, halb hilflos - sich immer noch außerstande sieht, dem in seltener Einmütigkeit gefaßten Votum des zuständigen parlamentarischen Gremiums zu folgen. Der Auftrag von SPD, CDU/CSU, FDP, Bündnis 90/Grüne und PS lautet schlicht und einfach, daß eine Lösung gefunden werden soll, die es dem Jungen erlaubt, bei seiner Halbschwester in Köln zu bleiben. Den 13jährigen Jungen abzuschieben zu seiner Mutter in der Türkei (von der bekannt ist, daß sie weder willens noch imstande ist, für ihn zu sorgen), hieße ihn der Verwahrlosung preiszugeben. So wird der humane Sinn der 'Familienzusammenführung' ad absurdum geführt.

Das Ausländergesetz sieht in Paragraph 22 Möglichkeiten für eine Aufenthaltserlaubnis, 'wenn es zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte erforderlich ist'. Die zuständigen Behörden haben sich bisher nicht imstande gesehen, den Fall Ucar als außergewöhnliche Härte einzustufen. Verwiesen wird auf die 'vorläufigen Anwendungshinweise' zum Ausländergesetz, die keinen entsprechenden Handlungsspielraum erlaubten. Das Bundesinnenministerium ist deshalb aufgefordert, die zur Zeit in der Ausarbeitung befindlichen Verwaltungsvorschriften zum Paragraph 22 so zu gestalten, daß ein exemplarischer Fall wie der des Jungen Muzaffer human und im Sinne des Kinderwohls behandelt werden kann. Dem Bundesinnenminister ist dieser Wille des Innenausschusses seit mehreren Wochen bekannt. Bereits drei Sitzungen haben sich mit dem Fall befaßt. Jetzt hat das Innenministerium eine letzte Frist bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses am kommenden Donnerstag dem Wunsch der Parlamentarier zu entsprechen. Als Alternative zur Klärung innerhalb der Verwaltungsvorschrift bleibt die Möglichkeit, die zur Zeit noch geltenden 'vorläufigen Anwendungshinweise' ganz zu streichen. Geschieht das nicht, riskiert Innenminister Kanther einen offenen Konflikt mit dem Innenausschuß. Das haben ihm nicht nur die Vertreter der Opposition, sondern auch die der Koalition unmißverständlich klargemacht.

(-/16. Juni 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

**Die Armut greift um sich**  
**Das Handeln der Bundesregierung hat Armut bewirkt**

**Von Rudolf Dreßler MdB \***  
**Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion**  
**Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AJA) in der SPD**

Das Volk habe kein Archiv, so las ich vor wenigen Tagen in einer Wochenzeitung. Der Satz ist wahr und seine Konsequenzen reichen weit. Denn weil das Volk kein Archiv hat, gilt es als vergeßlich. Schlechte Politik setzt auf die Vergeßlichkeit vieler Menschen.

Ein Beispiel: Seit über zehn Jahren behaupten Konservative und Reaktionäre, der Sozialstaat habe seine Grenzen erreicht und teils bereits überschritten. Dennoch wurde erst kürzlich eine Pflegeversicherung mit den Stimmen der SPD, der CDU/CSU und mit den meisten Stimmen der FDP vom Bundestag beschlossen und damit der Sozialstaat erweitert. Wie paßt das zusammen?

Unbelehrbare ignorieren solche Tatsachen. Sie malen lieber weiterhin kräftig mit am Bild vom Sozialstaat, der in ihrer Vorstellung die Gesellschaft aufrißt. Landauf landab verbreitet vor allem der Bundeskanzler ungerügt die Mär, der Sozialstaat sei an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit angelangt und müsse daher zurückgeschnitten werden. Jüngst - auf einer Sitzung des Wirtschaftsbeirats der Union in München - fügte Kanzler Kohl hinzu, die Probleme unseres Landes ließen sich nicht, "nach den Prinzipien eines Freizeitparks meistern". Aus diesem Grund sei 1995 ein "harter Sparkurs" erforderlich.

Ich weiß nicht, warum der Bundeskanzler immer wieder von einem "Freizeitpark" redet, wenn er über unser Land spricht. Er muß eine kindische Vorstellung von den Verhältnissen im Freizeitpark mit sich herumtragen. Er sollte sich mal mit jenen unterhalten, die in den Freizeitparks die Eintrittskarten abreißen, die Elektronik bedienen oder die Bratwürste mit Senf bestreichen und nachfragen, was ihnen nach Abzug der Kohl'schen Steuer- und Abgabenlast bleibt. Vielleicht unterläßt der Regierungschef dann endlich den Unfug der Gleichsetzung, Deutschlands mit einem Freizeitpark.

Zur Kalkulation mit der Vergeßlichkeit und zur Verdrängung der Realität kommt hinzu, daß sich die Auseinandersetzung über den Sozialstaat zuspitzt. Dieser Tage war in der gemeinsamen Bandzeitung der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer und des Bundesverbandes Junger Unternehmer folgendes zu lesen: "Während sich auch allgemein mittlerweile die Einsicht verbreitet, der Wohlfahrtsstaat habe sich in seinem heutigen Zustand wirtschaftlich und moralisch übernommen, bleibt verborgen, daß es sich hier nur um das letzte Stadium der Entwicklung handelt, die per se auf falschen Prämissen beruht. Nichts ist lehrreicher als zu wissen, daß alles dies von vornherein abzusehen war."

- Freunde, es wird ernst, wenn dem Sozialstaat die Moral abgesprochen und zudem von ihm gesprochen wird, als handle es sich dabei um einen Intensivpatienten, bei dem schließlich jemand zu entscheiden habe, wann die lebenserhaltenden medizinischen Hilfsfunktionen abgeschaltet werden dürfen.
- In solchen Bewertungen steckt ein härterer Angriff auf unsere Positionen, als wenn ein DIHT-Präsident am Regierungsprogramm-Entwurf der Sozialdemokraten herummäkelt.

Gegen wen richtet sich übrigens die Drohung mit dem "harten Sparkurs"? Wen soll dieser harte Sparkurs treffen? Die Klientel der FDP und betuchte Wähleranteile von CDU und CSU oder SPD und Grünen sind nicht gemeint. Sie können sich sicher fühlen und weiterhin viel Geld von ihren deutschen Konten abräumen, um es ins Ausland zu schaffen. Wer dem einen Riegel vorschieben will, schürt Sozialneid, sagt die reaktionäre Propaganda.

Will der Bundeskanzler dem Normalverdiener in die Tasche greifen, der nichts mehr zurücklegen kann? Bundesbankier Issing hat am Wochenende in einer Zeitung erklärt, nach 1994 seien auch 1995 reale Einkommensverluste notwendig, um die Wirtschaft auf Trab zu bringen. Einem erfreuten Kanzler wird man berichtet haben, daß die Bundesbank seinen angekündigten harten Sparkurs gutheißt.

Hat der Bundeskanzler beim "harten Sparkurs" zusätzlich und wieder einmal die Arbeitslosen gemeint, oder die Ausbildungswilligen, die Alleinerziehenden, zudem die in schlechten, oft genug noch teuren Wohnungen Lebenden? Hartnäckig hält sich in der Regierung die Auffassung, die Zahlung der Arbeitslosenhilfe müsse nach zwei Jahren eingestellt werden.

Im Vermittlungsausschuß hat die SPD einen ersten Versuch abwehren können, die Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre zu begrenzen. Finanzminister Waigel wird es wiederum probieren. Zugleich wird er damit dokumentieren, was er von Gesetzen hält, die zwischen Bundestag und Bundesrat mühsam ausgehandelt worden sind. Nämlich nichts.

Es gibt keinen einzigen Hinweis darauf, daß der Bundeskanzler und die Koalition in Bonn den Kurs des Umverteilens von unten nach oben korrigieren. Was 1982 in der sogenannten "geistig-moralischen Wende" angelegt wurde, soll fortgesetzt werden. Daher würde ein harter Sparkurs 1995 erneut jene treffen, die bisher Federn lassen mußten. Und zur Entscheidung steht am 16. Oktober, ob dieser Kurs weitere vier Jahre lang fortgesetzt wird.

Diese Politik muß gestoppt und im Rahmen einer soliden Haushaltspolitik umgekehrt werden. Die Spielräume für eine Korrektur sind derzeit nicht groß. Sie lassen sich freilich durch eine Politik des systematischen Abbaus von nicht mehr gerechtfertigten Steuervergünstigungen und der Beseitigung von steuerlichen Privilegien sowie der Umschichtung im Haushalt vergrößern. Das ist schwierig, aber möglich. Die SPD will dieses Vorhaben auf sich laden. Denn auch dies ist ein Teil der notwendigen politischen Kehrtwende und der Wiederherstellung sozial gerechterer Verhältnisse in unserem Land.

Verteilungspolitischen Sprengstoff erzeugen folglich nicht die Sozialdemokraten. Die Spaltung unseres Landes in arm und reich ist in hohem Maße Ergebnis der Politik, die Bundeskanzler Kohl zu verantworten hat. Es sind nicht irgendwelche unbeeinflussbaren Verhältnisse in der Gesellschaft, die aus sich heraus polarisieren und spalten. Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind das Ergebnis einer bewußt betriebenen, spalterischen Politik.

Nach Tradition und Selbstverständnis hat die SPD den Konflikt, der dieser Politik innewohnt, aufzunehmen und Partei zu ergreifen. Ich finde, die SPD hat dies so zu tun, daß keine Imitationen über den Standort der Sozialdemokraten entstehen können.

Weil die Regierung die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich vorantreibt und verstärkt, soll sie die Auseinandersetzung darüber auch bekommen. Die SPD hat keinen Anlaß, in diesem Zusammenhang Rücksichten zu nehmen. Sie hat sozial- und gesellschaftspolitisch ein eindeutiges, verpflichtendes Profil.

Es ist völlig falsch, von der Vorstellung auszugehen, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Ausbildungs- oder Wohnungsnot und damit von Armut, seien Themen aus einem einzigen Sektor. Aus dem Sektor, in dem die Menschen stecken, die nur noch mit Mühe auf die Beine kommen, weil sie ein Handikap mit sich herumschleppen.

Ich empfehle dringend einen Blick auf die Ergebnisse von Strukturanalysen der Bundesanstalt für Arbeit. Bereits im Herbst 1993 waren 20 Prozent der registrierten Arbeitsuchenden Facharbeiter mit einer ordentlichen Ausbildung. Weitere 20 Prozent übten vor der Arbeitslosigkeit eine qualifizierte gehobene Angestelltentätigkeit aus. Über 100.000 wiesen einen Hochschulabschluß auf und fast 100.000 reichten der Arbeitsverwaltung mit der Entlassung einen Abschluß an einer Fachhochschule oder Fachschule herein. Die Tendenz der Qualifizierung unter den Arbeitsuchenden ist steigend.

Strukturell begründete Arbeitslosigkeit wirkt wie eine unbarmherzige Umwälzpumpe. Wer heute noch obenauf ist, kann morgen unten landen. Daher haben Arbeitsmarkt- und eine soziale Wohnungspolitik, hat Politik gegen die Armut für alle da zu sein, die diese Politik brauchen.

Seit Jahren fordert die SPD-Bundestagsfraktion von der Regierung, daß sie sich mit der Armut in Deutschland auseinandersetzt. Es gab quälende Situationen im Deutschen Bundestag, weit über die Grenze zur bössartigen Parodie auf Kosten der Armen hinaus, weil die Regierung sich wand und verrenkte, um keine klare Aussage über den Charakter von Armut in Deutschland treffen zu müssen.

Dabei war es Heiner Geißler, ein profilierter CDU-Politiker, der in den siebziger Jahren den regierenden Sozialliberalen vorwarf, das Problem struktureller Armut in der Wohlstandsgesellschaft zu ignorieren. Ich möchte Geißler nicht abqualifizieren. Die Praxis der konservativen Bundesregierung seit Herbst 1982 beweist jedoch, daß die Auseinandersetzung der CDU mit der Frage der neuen Armut in Deutschland wahrheitstaktischer Natur war.

Gewiß: Die Wende des Jahres 1982 hat den Sozialdemokraten die Probe darauf erspart, ob sie als Regierungs- und Koalitionspartei fähig sein würden, rasch auf neue Formen der Armut befriedigende Antworten zu geben. Damit kein irritierender Eindruck entsteht: Ich sage dies durchaus selbstkritisch.

Dennoch ist nicht zu bestreiten, daß von den Sozialdemokraten in den achtziger Jahren aus der Opposition heraus viele Initiativen gegen die Armut ergriffen worden sind. Das waren vor allem Initiativen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, zur Neuordnung der sozialen Sicherung bei Pflegebedürftigkeit, zur Finanzierung eines Teils der Sozialhilfe aus dem Bundeshaushalt und zur Einführung einer sozialen Grundsicherung. Sie sind allesamt von der Koalition in Bonn verworfen worden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich in der 12. Legislaturperiode intensiv mit dem Problem der Armut beschäftigt. Die eigens eingerichtete Arbeitsgruppe "Armut" hat nach zahlreichen Gesprächen mit Betroffenen, Verbänden und Experten ein Handlungskonzept zur Bekämpfung von Armut in Deutschland vorgelegt. Es zeigt auf, wo aus unserer Sicht Handlungsbedarf besteht und wie Handlungsmöglichkeiten aussehen müßten. Es ist ein Strategiepapier, an dem sich zukünftig die Sozialpolitik orientieren kann.

Ich möchte einige Aspekte aufzeigen, die schnellstens umgesetzt werden müssen, damit sich der derzeitige Zustand nicht noch mehr verfestigt oder ausweitet.

Weil Armut zumeist als Einkommensarmut definiert wird, orientiere ich mich insbesondere an den Daten zur Sozialhilfestatistik, ohne damit den Anspruch auf eine umfassendere Definition aufgeben zu wollen. Allein diese Daten verdeutlichen bereits die bedrückende Situation, in der sich ein großer Teil unserer Bevölkerung befindet. Dabei verschleiern diese Daten noch, daß der Anteil der Betroffenen erheblich höher liegt. Denn es ist davon auszugehen, daß circa 50 Prozent der Sozialhilfeberechtigten ihre Ansprüche aus Scham, Unkenntnis oder Angst vor Rückgriffen auf Angehörige nicht geltend machen.

Im Jahre 1991 erhielten in Gesamtdeutschland 3,2 Millionen Menschen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Im Jahre 1992 - ein vorläufiges Ergebnis - stieg diese Zahl bereits auf 3,6 Millionen Menschen. Ein weiteres Ansteigen ist schon vorprogrammiert, auch durch die von der Bundesregierung veranlaßte Verschiebung von Kosten der Arbeitslosigkeit auf die Sozialhilfe.

Arbeitslosigkeit ist inzwischen zum wichtigsten Grund für Sozialhilfebedürftigkeit in Deutschland geworden. Dabei ist gerade die eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes durch Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft von herausragender Bedeutung. Eine Gesellschaft aber, die sich über die Erwerbsarbeit integriert, kündigt in dem Maße ihren eigenen Grundkonsens auf, in dem sie Menschen von der Teilhabe an der Erwerbsarbeit ausschließt.

Die Arbeitsmarktkrise in Westdeutschland gibt es bereits seit mehr als einem Jahrzehnt. Durch die aktuelle Wirtschaftskrise hat sie sich allerdings erheblich verschärft. Aus jeder Wirtschaftskrise hat sich dabei eine höhere Sockelarbeitslosigkeit aufgebaut. Es ist ein gravierender Fehler der Arbeitsmarktpolitik in vergangenen wirtschaftlich guten Jahren gewesen, den Abbau dieses Sockels zu vernachlässigen.

In Ostdeutschland ist die Massenarbeitslosigkeit das Ergebnis des Zusammenbruchs von Wirtschaft und Beschäftigung als Folge des abrupten Übergangs von der ehemaligen DDR-Wirtschaft zu einer Marktwirtschaft.

Während die Bundesregierung den Eindruck erweckt, allein auf die "Kräfte des Marktes" zu setzen, haben die Sozialdemokraten die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze zur Hauptaufgabe ihrer Politik gemacht.

Dazu gehört zum einen eine aktive staatliche Industrie- und vor allem ökologisch orientierte Modernisierungspolitik zur Stärkung unserer Volkswirtschaft. Zum anderen gehört dazu eine Arbeitsmarktpolitik, die sowohl die Arbeitsproduktivität fördert als auch die Beschäftigungsprobleme auffängt, welche durch eine noch so effiziente, industrieorientierte Wachstumsstrategie allein nicht gelöst werden können. Dazu bedarf es eines breiten öffentlich geförderten Arbeitsmarktes.

Der Leitgedanke einer aktiven Arbeitsmarktpolitik heißt: Arbeit fördern, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Ein wichtiger Schritt ist die Ablösung des Arbeitsförderungsgesetzes durch ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz (ASFG), das die Bundestagsfraktion bereits konzipiert hat.

Das Konzept basiert auf folgenden Überlegungen: Die Arbeitsmarktpolitik ist gerade in Phase verstärkter Arbeitsplatzverluste auszubauen und mit wirtschaftsnahen Förderinstrumenten zu ergänzen. Der Vorrang der aktiven Arbeitsmarktpolitik von der passiven Zahlung von Lohnersatzleistungen muß durch regelgebundene Haushaltsvorschriften verbindlich verankert werden. Berufliche Qualifizierung und die Förderung von Beschäftigung in ökologischen, sozialen und kulturellen Projekten sollen Langzeitarbeitslosigkeit verhindern und die Standortqualität sichern.

Eine rasche technische Entwicklung und damit einhergehende qualifikatorische Veränderungen sowie die Folge des demographischen Wandels erfordern eine vorbeugende Qualifizierungsstrategie mit Schwergewicht bei Frauen, älteren Arbeitnehmern und Ausländern. Die Einbeziehung von Qualifizierungsmaßnahmen in öffentlich geförderte Arbeitsprojekte soll die notwendige Durchlässigkeit zum ersten Arbeitsmarkt erleichtern. Die Arbeitsverhältnisse im geförderten Arbeitsmarkt werden durch Tarifverträge gestaltet werden müssen.

Es ist unbestreitbar, daß Armut in Deutschland kein Problem gesellschaftlicher Minderheiten mehr ist. Der Begriff "gesellschaftliche Minderheiten" ist zwar sprachlich eingebürgert, aber ebenso zweifelhaft und im Grunde bereits diskriminierend. Denn nach all den Ausgrenzungskampagnen in Deutschland hat das Wort Minderheiten seinen immanenten Schutzapfel längst verloren.

Sie alle kennen die Entwicklungstendenzen der Armut in Deutschland. Es hat sich über den Kreis der Fachleute hinaus herumgesprochen, daß Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, Kinderreichtum und Erziehung von Kindern durch ein Elternteil sowie geringe Renten die Hauptursache für Armut darstellen. Ich will erwähnen, daß besonders viele Frauen unter Armut zu leiden haben, im Westen unseres Landes und zunehmend auch im Osten. Armutphasen werden immer länger und prägen später einmal das Einkommen im Alter. Die Zahl der von Armut gefährdeten Menschen nimmt zu, Fachleute rechnen mit einem Armutspotential von 14 Millionen bis zum Ende der neunziger Jahre.

Armut ist in einer Gesellschaft wie der unsrigen eine schreckliche Form der Unfreiheit. Arbeitslosigkeit und Armut lösen die Sicherheiten der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft wie ein Säurebad auf. Armut isoliert und zerstört, was zusammengeführt war und sich zusammengehörig fühlte.

Wir haben uns angewöhnt, die Individualisierung von Lebensläufen als Charakteristikum der Gesellschaft zu sehen. Individualisierung bedeutet im gängigen Sprachgebrauch, mobiler, unabhängiger, also auch freier zu sein. Es ist uns zu wenig bewußt, daß der Individualisierung häufig überhaupt keine Entscheidung für mehr Unabhängigkeit vorausgehen kann, weil sie in Wirklichkeit Folge des Wegbrechens der beruflichen Karriere und des sozialen Abstiegs ist.

Von Deutschland als einem armen Land zu sprechen, wäre gleichwohl völlig verfehlt. Wachsendem privaten Wohlstand einer sehr breiten Schicht von Bürgerinnen und Bürgern steht Armut einer wachsenden Zahl von Menschen gegenüber. Es geht um Wohlstand, um die Fähigkeit, Bedürfnisse zu befriedigen, ohne an anderer Stelle im Privatbudget gravierende Einsparungen vornehmen zu müssen. Reichtum ist das noch nicht.

Traditionell tabuisiert sich wirklicher Reichtum. Traditionell wird Armut von der öffentlichen Wahrnehmung vielfach tabuisiert. Die Regierungspolitik hat diese Entwicklung noch verstärkt. Denn der Parole: "Leistung soll sich wieder lohnen", entspricht der Satz, daß Reichtum, sei er steuersubventio-

nirt oder nicht, Privatsache und am besten hinter dem Bankgeheimnis aufgehoben ist. Das gilt für Geldvermögen ebenso wie für Besitz an Produktivvermögen. Oder ist es Zufall, daß die umfangreichste Analyse der Verteilung des Produktivvermögens in Deutschland, die Analyse Krells, über 25 Jahre zurückliegt?

Mit den Einkommen aus sozialen Leistungen geht man nicht so zimperlich um. Die kann jeder, der sich in die Materie einarbeitet, bis auf die Stelle hinter dem Komma ausrechnen. Wundert es dann noch, daß der Sozialstaat seit der Wende des Jahres 1982 immer wieder angegriffen und als Moloch dargestellt wurde, dem nicht zu trauen sei?

Was ist denn tatsächlich in den Jahren seit Helmut Kohl als Bundeskanzler amtiert, geschehen? Stimmt tatsächlich, daß der Sozialstaat immer dickere Stücke aus dem größer gewordenen volkswirtschaftlichen Leistungskuchen für sich herausgeschnitten hat? Oder ist auch diese These falsch? Den Antworten der Regierung auf eine Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft entnehme ich folgendes:

Der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt ist seit 1982 deutlich gesunken. Man nennt dieses Verhältnis Sozialleistungsquote.

Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts ist nach meiner Auffassung noch am ehesten als Meßgröße für wirtschaftliche Leistung zu akzeptieren, obwohl auch darin die Kosten für die Reparatur von Umweltdefekten und unterlassenen Umweltschutz entweder falsch zugerechnet werden oder überhaupt keine Berücksichtigung finden.

Zwar beziehen sich die Zahlen der Bundesregierung wegen der verfügbaren statistischen Daten auf das frühere Bundesgebiet. Gleichwohl sind die Homorszenarien der Regierung über eine Gefährdung von Leistungsfähigkeit und Stabilität durch den Sozialstaat nicht gerechtfertigt.

- Denn die Sozialausgaben betragen 1982 noch 29,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. 1991 lagen sie bei 26,6 Prozent. Das ist ein Rückgang um über drei Prozentpunkte. Im gleichen Zeitraum ist das Bruttoinlandsprodukt um über 70 Prozent gestiegen.
- Auch der Anteil der reinen sozialen Transfers im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ist seit 1982 rückläufig, allerdings nicht in der Größenordnung von drei Prozentpunkten.

Daraus ist zu folgern, daß sich der Verwaltungsaufwand für soziale Leistungen unter der Verantwortung von Konservativen, die sich selber eine Deregulierungsoffensive auf den Leib geschrieben haben, kräftig erhöht ist.

Im gleichen Zeitraum ist in anderen Ländern die Sozialleistungsquote gestiegen: In Spanien zum Beispiel, in Italien, in Frankreich und in den Niederlanden. Auch dies geht aus den Antworten der Regierung auf die erwähnte Große Anfrage hervor.

Ich will die Änderung von Zahlen-Verhältnissen nicht überbewerten, zumal damit wenig über die realen Lebenslagen gesagt wird. Aber unbestreitbar wird doch:

- Es ist eine Lebenslüge des regierenden Konservatismus, wenn von ihm behauptet wird, Sozialstaat und Sozialleistungen hätten sich an der Volkswirtschaft satt gemacht.
- Zwischen 1983 und 1991 hat die Bundesregierung die Ausgaben für soziale Leistungen in Deutschland um weit über 100 Milliarden D-Mark abgesenkt.
- Zwischen 1990 und 1994 sind überdies Sozialbeiträge im Saldo um weit über 40 Milliarden D-Mark erhöht worden, weil die Regierung eine sozial gerecht Finanzierung von Ausgaben für die deutsche Einheit nicht wollte.

Sowohl bei den Kürzungen als auch bei den Beitragserhöhungen hatten Arbeitslosenversicherung und Beschäftigungspolitik die Hauptlast zu tragen.

Das Handeln der Regierung hat Armut bewirkt und Millionen Menschen in unserem Land Sicherheit geraubt, die jeder haben muß, der sich in einer so leistungsorientierten Gesellschaft wie der unseren behaupten will.

- Die Regierung nannte dies Korrektur des Sozialstaates; in Wirklichkeit war es eine schöne Umverteilung von unten nach oben, die in der gegenwärtigen Lage auch noch die Konjunktur untergräbt, weil sie die Massenkaukraft drastisch schmälert.

All dies ist nicht über uns gekommen, gleichsam aus heiterem Himmel ohne die Chance einer Gegenwehr auf uns eingestürzt. Es ist vielmehr das Ergebnis einer Politik, die sich im Laufenlassen und Aussitzen der Probleme übte, wo aktive Gestaltung notwendig gewesen wäre. Es ist ein Ergebnis der Politik der Bundesregierung aus CDU, FDP und CSU. Sie trägt dafür die alleinige Verantwortung.

Wer auf politische Gestaltung verzichtet, wer gesellschaftspolitischen Ausgleich verwirft, wer die Wirtschaft sich selbst überläßt, das gar noch als Staatskunst ausgibt, wer einseitig auf die vermeintlichen Selbstheilungskräfte der Märkte setzt, der beschwört ein Klima in der Gesellschaft herauf, in dem Solidarität einzufordern alles und Solidarität zu üben kaum mehr etwas gilt.

Wer zudem diejenigen Gruppen zu Solidarleistungen heranzieht, die der Solidarität eigentlich bedürften, sie aber denjenigen erläßt, die sie eigentlich leisten müßten, der stellt die gesellschaftlichen Proportionen auf den Kopf.

Zu lange haben Kohl, Waigel und Lambsdorff eine Politik betrieben, in der die Summierung der Egoismen der einzelnen zum Maßstab für das Gemeinwohl verbogen wurde. 'Leistung muß sich wieder lohnen' war eine jener unsäglichen Parolen.

Nach dieser Parole wurde dann der Krankenschwester und dem Busfahrer die Mehrwertsteuer erhöht und dem Unternehmer die Vermögenssteuer gesenkt - denn der war ja 'Leistungssträger'.

Die Politik der Bundesregierung hat auf sozialen Ausgleich verzichtet, schlimmer noch, sie hat Ausgleichsmaßnahmen zerstört und viele Menschen vor den Kopf gestoßen. - Wer Eigensucht prämiiert, darf sich nicht wundern, wenn er zu deren Ausbreitung beiträgt.

Wir haben folglich auch eine Krise des politischen Dankens. Diejenigen, die den Auftrag erhalten haben, unser Land zu regieren, vermitteln Rat- und Orientierungslosigkeit. Gemeinsinn, Solidarität, Mitmenschlichkeit, soziale Gerechtigkeit, elementare Werte einer humanen Gesellschaft, sind ins Abseits geraten durch eine Politik, die - ich wiederhole - die Saldierung der Vorteile jedes einzelnen zum Maßstab für den Fortschritt der Gesamtheit macht. Indem der einzelne seinen Vorteil gezielt verwirklicht, trägt er optimal zum Fortschritt der Gemeinschaft bei, wird uns eingeredet.

Wenn ausgerechnet aus dem Regierungslager heute beklagt wird, kaum einer sei mehr bereit, für dieses Land etwas zu tun, Gemeinsinn, Solidarität und Hilfsbereitschaft seien verkümmert, dann muß dem entgegen gehalten werden, daß die Menschen sich so verhalten, wie die Regierenden es ihnen immer wieder gepredigt haben. - Man kann nicht folgenlos zwölf Jahre den ökonomischen und sozialen Egoismus politisch prämiieren und sich hinterher wundern, daß viele Menschen zum Stichwort Solidarität nichts mehr einfällt.

Setzen wir alles daran, ersparen wir unserem Land und seinen Menschen weitere vier Jahre orientierungslosen Konservatismus. Denn: Friedrich Schorlemer hat unserem Land in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels die ebenso einfache wie eindringliche Mahnung mit auf den Weg gegeben. Er sagte: 'Eine Gesellschaft, die sich tendenziell in Arme und Reiche spaltet, wird für sich selbst gefährlich.'

Die Unterschiede zwischen sozialdemokratischer Politik gegen die Armut und der der Regierung müssen in den kommenden Wochen und Monaten scharf herausgearbeitet werden. Dies ist eine der Voraussetzungen dafür, daß der 16. Oktober zum Tag des politischen Wechsels werden kann.

(-/16. Juni 1994/hgs/fr)

- \* Rede auf der Fachtagung zur Bekämpfung der Armut der SPD-Bundestagsfraktion am 16. Juni 1994

\*\*\*\*\*